

**2186/AB-BR/2006**

**Eingelangt am 24.03.2006**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Finanzen

## **Anfragebeantwortung**

GZ. BMF-310102/0002-I/4/2006

Frau Präsidentin  
des Bundesrates

Sissy Roth-Halvax

Parlament  
1017 Wien

Wien, 23. März 2006

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2377/J-BR vom 25. Jänner 2006 der Abgeordneten Jürgen Weiss, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen und Kollegen, betreffend Zahl der Lehrerdienstposten, beehe ich mich Folgendes mitzuteilen:

Wie ich bereits im Zusammenhang mit den Finanzausgleichsverhandlungen im Oktober 2004 erklärt habe, ist Bildung einer der wesentlichen Schwerpunkte der Regierungspolitik. Dies habe ich auch bei meiner Budgetrede am 2. März 2005 bekräftigt, bei der ich unter anderem darauf hingewiesen habe, dass der Bund im Jahr 2006 für die Landeslehrer um 12 Mio. € mehr aufwendet.

Im Detail ist auf Folgendes hinzuweisen:

Mit dem 2. Schulrechtspaket 2005 werden für die Schuljahre 2006/07 und 2007/08 Sprachförderkurse etabliert, in denen Volksschülern, welche der Unterrichtssprache nicht mächtig sind, jene Sprachkenntnisse vermittelt werden sollen, die sie befähigen, dem Unterricht zu folgen. Dafür werden bundesweit 300 zusätzliche Planstellen für Landeslehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen vom Bund finanziert werden. Ein System der Aufteilung dieser 300 Planstellen auf die neun Bundesländer ist im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Ausarbeitung.

Zur Abgeltung des Mehrbedarfs, der den Ländern unter anderem im Bereich des Unterrichts für Kinder mit besonderen Förderungsbedürfnissen entsteht, leistet der Bund den Ländern gemäß dem Finanzausgleichsgesetz 2005 zusätzlich zu den Personalkostenersätzen für die Lehrerplanstellen, die im Stellenplan Deckung finden, einen weiteren Kostenersatz in Höhe von 12 Millionen Euro jährlich, der auf die Länder nach der Volkszahl aufzuteilen ist. Dies in den Jahren 2005 und 2006 obligatorisch. Mit der Bereitstellung dieser Zusatzmittel wird einvernehmlich und abschließend der Ersatz des Bundes für die Aufgabenstellungen "Strukturprobleme aus der sinkenden Schülerzahl und beim sonderpädagogischen Förderbedarf" geregelt.

Mit freundlichen Grüßen